

**Eine Kundgebung des „Unabhängigen Ausschusses“.**

Der „Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ bittet uns um Verbreitung des Nachstehenden:

Die sozialdemokratische Partei hat eine Entschlie-  
ßung in die Öffentlichkeit gebracht, die einen Frieden „ohne  
Annexionen und Kriegsschädigungen“ fordert. In der Schluß-  
rede, die den Beratungen folgte, hat der Führer der Partei von  
„unsinnigen Forderungen“ der „Annexionisten“ gesprochen,  
einer „Handvoll Leute, die man nicht ernst nehmen könne“. Diese  
„Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ solche Be-  
hauptungen unmissverständlich in die Welt gehen, so würde er sich  
mitschuldig machen an einer der größten Geschichtsfälschungen,  
die jemals versucht worden sind. Der „Unabhängige  
Ausschuss“ hat niemals „unsinnige Forderungen“ auf-  
gestellt. Es ist das eine Beschuldigung, die nicht wahrer wird  
dadurch, daß man sie immer und immer wiederholt. Sind die  
Forderungen des „Unabhängigen Ausschusses“ unsinnig, so sind es  
auch die des Reichskanzlers. Herr Scheidemann versuche den  
Nachweis, daß der „Unabhängige Ausschuss“ in irgendeinem  
Punkte erheblich über das hinausgeht, was der Reichskanzler selbst  
im Reichstag als Kriegsziel umschrieben hat! Das Gleiche gilt von  
den Forderungen der „Vereinigten Verbände“.

Der „Unabhängige Ausschuss“ verlangt Sicherung  
unserer Grenzen nach Ost und West. Daß dies nur er-  
reicht werden kann durch Ausdehnung unseres politischen Wirkungs-  
bereiches nach beiden Richtungen, sieht jeder, der sehen will. Soll  
Ostpreußen auch in Zukunft der Festungskette Warschau—Kowno  
gegenüberliegen? Soll Belgien als Einfallspforte offen bleiben  
in unmittelbarer Nachbarschaft unserer wichtigsten Industriege-  
biete, ohne deren sicheren Besitz wir überhaupt nicht Krieg  
führen können? Sollen wir erweiterter ländlicher Siedlung,  
deren wir schlechterdings nicht entraten können, für alle  
Zeiten entsagen? Ein Friede ohne Nachsgewinn und  
Kriegsschädigungen ist gleich zu denken mit der „Verelendung  
und Unterdrückung“, die der Führer der Sozialdemokratie nach  
eigener Erklärung vom deutschen Volke fernhalten will. Unsere  
Arbeiter werden ihn zur Rechenschaft zu ziehen haben, wenn sie  
die Folgen eines solchen Friedens tragen müssen. Die Regie-  
rungen der Mittelmächte haben erklärt, daß sie sich in Rußlands  
innere Entwicklung nicht einmischen werden. Es gibt  
in Deutschland und Oesterreich-Ungarn niemanden, der das  
nicht billigte. Verträgt sich aber damit die Erklärung  
der Sozialdemokratie, daß sie „den Sieg der russischen Revolution  
mit leidenschaftlicher Anteilnahme begrüße“? Kann denn irgend  
jemand auf Gottes Erde wissen, ob nicht aus der Revolution  
russische Zustände hervorgehen werden, die für den Bestand unseres  
Volkes in höchstem Grade gefährdend sind? Gibt es in ihr  
nicht auch eine starke nationale Strömung? Dieser Lage  
gegenüber gibt es für die Mittelmächte in der gegenwärtigen  
Stunde nur eine Aufgabe: Den Sieg!

Die Sozialdemokratie stellt Forderungen, die weit über die  
Osterbotschaft hinausgehen. Der „Unabhängige Ausschuss“ hat  
sich niemals in Fragen unserer inneren Entwicklung eingemischt.  
Er hat stets die Auffassung vertreten, daß über Ausstattung des  
Hauses nicht gestritten werden dürfe, solange sein Bestehen nicht  
gesichert sei. Das ist der Sinn des Burgfriedens. Er ist auch jetzt  
der Meinung, daß Veränderungen, die nicht ohne Kampf erzwungen  
werden können, unstatthaft sind, solange Millionen unserer Besten  
dem Feinde die Brust zu bieten haben fürs Vaterland.

Wir sind mit der Sozialdemokratie einig in der entschiedenen  
Zurückweisung der Behauptung unserer Gegner, „daß die Fort-

führung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen  
Staatseinrichtungen zu zwingen“. Aber wir erheben den ent-  
schiedensten Widerspruch, wenn es als möglich erklärt wird,  
„durch Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation  
und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichts-  
barkeit den dauernden Bestand des künftigen Welt-  
friedens sichern zu helfen“. Das würde gleichbedeutend sein mit  
der Aufrichtung einer anglo-amerikanischen Weltleitung. Wilson  
hat sich in seiner Botschaft an den Kongress die Behauptung von  
der Unfreiheit des deutschen Volkes in schrofferer Form zu eigen  
gemacht als je ein anderer Feind.

Gegenüber der Erklärung der Sozialdemokratie erwarten wir  
als unerlässlich eine offene Stellungnahme unserer Regierung. Die  
sozialdemokratische Erklärung gibt nicht wieder, was das deutsche  
Volk denkt, und die Regierung ist verpflichtet, wissen zu lassen,  
daß sie die oft betonte und empfohlene Einigkeit nicht auf diesem  
Boden sucht.

**Klare Entschluß der Reichsleitung verlangt der „Vor-  
wärts“ zu der Kriegszielpolitik des sozialdemokra-  
tischen Parteiausschusses. Er schreibt:**

Die Reichsleitung wird von allen Sekten aufgefordert, Mut  
zu haben. Entweder sie muß den Mut haben, alle ihre bis-  
herigen Erklärungen nach innen und außen und alle Zugeständnisse  
zu widerrufen, sie muß den Mut haben, zu erklären, daß während  
des Krieges und nach dem Kriege alles beim alten bleiben soll, sie  
muß den Mut haben, zu sagen, daß sie um Belgien, Nordfrank-  
reich, Kurland, Polen und 2-Milliarden Kriegsschädigung weiter  
Krieg führen will, und möge es noch zehn Jahre dauern. Oder aber  
sie muß den Mut haben, jetzt zu erfüllen, was sie versprochen hat,  
und noch mehr zu tun, sie muß dem Volke sein Selbstbestimmungs-  
recht geben, und sie muß an Stelle ihrer doch kaum noch ver-  
hüllenden Andeutungen eine vollkommen klare Erklärung  
ihres Friedenswillens abgeben, wie es die Sozialdemo-  
kratie und mit ihr sicherlich die ungeheure Mehrheit des Volkes  
verlangt. Es geht nicht weiter mit der Politik der Kon-  
zessionen und des diplomatischen Vertiefens.  
Die nervöse Erregung, die dieser Zustand der poli-  
tischen Undefinierbarkeit hervorruft, durchdringt alle Schichten  
des Volkes. So scharf in den meisten anderen Dingen die Meinun-  
gen auseinandergehen: das Recht zu wissen, was nun eigentlich  
werden soll, möchten auch wir als allgemeines Menschenrecht  
proklamieren.

**Die „Nationalliberale Korrespondenz“  
bemerkt zu der sozialdemokratischen Friedenspolitik:**

Beide Hände streckt man Rußland entgegen und bietet den  
raschen Frieden an. Nicht nur das, man verspricht auch, auf die  
Regierung derart zu drücken, daß sie sich dem gleichen Friedens-  
verlangen und Friedensprogramm anschließt. Nichts rechtfertigt  
den sozialdemokratischen Ueberreifer. Der Ausschuss der sozialdemo-  
kratischen Partei tut viel mehr als die Genossen in  
Petersburg: er fordert den möglichst baldigen Friedensschluß.  
Er bietet mit ihm den vollständigen Verzicht auf Annexionen und  
Entschädigungen an, während der russische Arbeiter- und Soldaten-  
rat nicht einmal einen klaren Verzicht auf die Kriegssparole aus-  
gesprochen hat. So steht abermals, trotz aller schlimmen Erfahrun-  
gen, die wir schon gemacht haben, ein Friedensangebot gegen  
feindliche Kriegsbereitschaft. Das wird den Segnern neuen Mut  
geben, den Kampf gegen das „autokratische“ Deutschland fortzu-  
führen. Schlimm genug, daß es so ist. Dringend nötig aber ist  
es, daß es nicht noch schlimmer wird. Deshalb sollte nach der  
offenen Ankündigung in der sozialdemokratischen Friedensresolu-  
tion Herrn Scheidemann und seinen Genossen kein Zweifel dar-  
über gelassen werden, daß jeder Versuch, in ihrem Sinne auf die  
Regierung zu drücken, die schärfste Abwehr finden wird. Das  
deutsche Volk will unter dem Panier Hindenburgs zum  
Ziele schreiten. Es dankt ganz entschieden dafür, daß Herr Scheide-  
mann als sein halb- oder Ganzbevollmächtigter auf Kosten deut-  
scher Interessen und Lebensnotwendigkeiten und nach dem Pro-  
gramm der sozialdemokratischen Resolution Friedensgespräche an-  
knüpft.

**Der Zentral-Ausschuss der nationalliberalen Partei der  
Provinz Westfalen hat einstimmig eine Entschlie-ßung an-  
genommen, worin es heißt:**

Im unerschütterlichen Vertrauen auf den schließlichen vollen  
Sieg erwartet das deutsche Volk, daß dieser Sieg durch einen  
Frieden gekrönt wird, der durch Entschädigung für die  
gebrachten finanziellen Opfer und durch Machtzuwachs in  
Ost und West und Uebersee Deutschlands Zukunft sichert. Ins-  
besondere vertraut das deutsche Volk gegenüber den Ereignissen  
in Rußland darauf, daß die deutsche Ostmark durch Hinaus-  
schiebung der bisherigen Grenzen militärisch fester gesichert und  
daß durch Landerwerb notwendiges Siedlungsland ge-  
wonnen wird.